

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Lieferengpässen bei Medikamenten entgegenwirken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Gegenwärtig listet das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte rund 370 Lieferengpässe bei Humanarzneimitteln, wie z. B. Tamoxifen zur Behandlung von Brustkrebs. Darüber hinaus waren zuletzt etwa auch Fiebersäfte für Kinder teilweise nicht erhältlich. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Nicht immer kann auf ein anderes Medikament mit ähnlichem oder gleichem Wirkstoff zurückgegriffen werden. Die Folgen für die Betroffenen sind enorm und können mitunter gesundheitsgefährdend sein.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

- a. sich auf Bundesebene für ein kurzfristiges Gipfeltreffen zur Beschaffung von Humanarzneimitteln einzusetzen.
- b. sich auf Bundesebene für die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur mittel- bzw. langfristigen Überwindung der Lieferengpässe und Sicherstellung der Versorgung mit Humanarzneimitteln einzusetzen.
- c. auf Landesebene einen Kinder-Gesundheitsgipfel gemeinsam mit den entsprechenden Akteuren durchzuführen.
- d. den Aufbau einer landesseitigen Medikamenten-Reserve zu prüfen.



Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Paracetamol-Fiebersäfte für Kinder, Tamoxifen zur Brustkrebsbehandlung und das Blutplasmamittel Cutaquig waren beispielsweise zuletzt von Lieferengpässen betroffen. Selbst gängige Arzneimittel, wie Ibuprofen oder gegen Erkältung, Bluthochdruck und Diabetes sind mitunter nicht lieferbar. Die Lieferengpässe nehmen zu und verschärfen sich zusehends. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte listet inzwischen rund 370 Humanarzneimittel auf. Dabei handelt es sich jedoch nur um versorgungsrelevante und verschreibungspflichtige Medikamente. Es muss also davon ausgegangen werden, dass der Umfang der Lieferengpässe noch deutlich größer ist.

Die Ursachen dafür sind unterschiedlich. So wird u. a. darauf verwiesen, dass die Preise für Medizinprodukte, wie z. B. Paracetamol, im vergangenen Jahr um 70 Prozent gestiegen sind. Die Vergütung der Krankenkassen für den Hersteller sind jedoch unverändert geblieben. Das führt dazu, dass sich immer mehr Produzenten vom Markt zurückziehen. So gibt es beispielsweise für Zubereitungen von Paracetamol in Deutschland nur noch einen Hersteller, während es im Jahr 2010 noch zwölf waren. Ein weiteres Problem ist, dass die Lieferketten, insbesondere durch die Corona-Pandemie, oftmals unterbrochen waren und sind. Hintergrund ist, dass die Medikamente zwar zum Teil in Europa hergestellt, die Wirkstoffe jedoch oftmals in China und Indien produziert werden.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat vor diesem Hintergrund Mitte Dezember ein Eckpunktepapier vorgelegt, das als Grundlage für einen zeitnahen Gesetzentwurf dienen soll. Es ist u. a. eine zeitlich befristete Aussetzung von Festbeträgen, eine Abschaffung von Rabattverträgen für Kinderarzneimittel sowie eine höhere Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen vorgesehen. Bei Ausschreibungen soll weiterhin künftig der Produktionsstandort Berücksichtigung finden.

Unklar ist jedoch, in wie weit die vorgeschlagenen Maßnahmen bei der mittel- und langfristigen Überwindung der Lieferengpässe helfen werden. Es braucht daher gemeinsam mit den Bundesländern zusätzliche Anstrengungen. Zumal davon auszugehen ist, dass die Lieferschwierigkeiten auch noch im Jahr 2023 anhalten werden.